

## **Antrag**

**der Abgeordneten Phyliss Demirel, Katharina Fegebank, Antje Möller,  
Christiane Blömeke, Anja Hajduk (GAL) und Fraktion**

**zu Drs. 20/2096**

**Betr.: Bundesmittel zur Arbeitsförderung für 2011 und 2012 sinnvoll für Hamburg nutzen**

Für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit gemäß SGB II stehen beziehungsweise standen Hamburg für 2011 134 Millionen Euro und für 2012 rund 110 Millionen Euro zur Verfügung.

In 2011 ist es dem Senat nicht gelungen, die 134 Millionen Euro für langzeitarbeitslose Menschen in Hamburg auszugeben. Stattdessen gab es einen beispiellosen Kahlschlag in sozial benachteiligten Quartieren und bei den Weiterbildungsmaßnahmen. Mit dem Ergebnis, dass Hamburg voraussichtlich 19 Millionen Euro an den Bundeshaushalt zurückzahlen muss. Mittel, die für Fördermaßnahmen in Hamburg vorgesehen waren.

Gleichzeitig hat der Senat auf der Basis fehlerhafter Zahlen die Maßnahmen zur Förderung von Langzeitarbeitslosen im Jahr 2012 zu niedrig angesetzt und die öffentlich geförderte Beschäftigung radikal gekürzt, zum Schaden für sozial benachteiligte Stadtteile.

Zudem werden etwa 9 Millionen Euro zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse gemäß § 16e SGB II nach Hamburg fließen. Auch diese Mittel sollen nach Auffassung des Senates nicht zur Förderung von Langzeitarbeitslosen genutzt werden.

Für die Eingliederung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten stehen dem Jobcenter team.arbeit.hamburg daher in 2011 und 2012 deutlich mehr Mittel zur Verfügung, als bisher verplant oder verausgabt wurden.

Die GAL-Bürgerschaftsfraktion setzt folgende Schwerpunkte, um den zusätzlichen Spielraum für 2012 zu nutzen:

- a) Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse (mindestens 300 Plätze, hier auch in der Basisvariante für die Schulküchen).
- b) Intensivierung der Bildungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen (hier insbesondere Umschulungen, geförderte Ausbildung und Weiterbildungen).
- c) Unterstützung wichtiger Stadtteilprojekte mit 800 zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten.
- d) Sofortige Verlängerung aller auslaufenden Arbeitsgelegenheiten um drei Monate durch Zahlung eines Abschlages für die ersten beiden Monate, um das Überleben der gefährdeten Projekte abzusichern.

**Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

- 1.) in der Trägerversammlung des Jobcenters team.arbeit.hamburg darauf hinzuwirken, dass Jobcenter team.arbeit.hamburg die Mittel für 800 AGH-Plätze bereitstellt. Sie werden unter Berücksichtigung der arbeitsmarktpolitischen Ziele zusätzlich zu den 3.120 durch das IBV vergebenen AGH-Plätze bewilligt und werden aus den im gemeinsamen Arbeitsmarktprogramm nicht verplanten EGT-Mitteln für 2012 finanziert. Die AGH-Plätze sind nach Maßgabe des beim IBV angewandten Schlüssels auf die Bezirke aufzuteilen und in enger Abstimmung mit den Bezirken einzurichten.
- 2.) in der Trägerversammlung des Jobcenters team.arbeit.hamburg darauf hinzuwirken, dass Jobcenter team.arbeit.hamburg die Mittel für 300 sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse gemäß § 16e SGB II einrichtet, um insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose eine Perspektive zu schaffen.
- 3.) darauf hinzuwirken, dass Jobcenter team.arbeit.hamburg, Agentur für Arbeit Hamburg, BASFI und die Bezirke gemeinsam ein Verfahren entwickeln, um diese AGH-Plätze rechtssicher zu vergeben. Dabei ist als Ausgangspunkt der Vertrag zur Einrichtung der gemeinsamen Einrichtung (gE) zu nehmen: Die Drs. 19/8032 „Neuorganisation der Organisationsstrukturen im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)“ vom 30.11.2010 schreibt sehr deutlich den Quartiersbezug (§ 15 Absatz 2) vor. Dieser ist zudem im kritisierten Verfahren deutlich so definiert worden, dass Angebote in Gebieten nicht zahlungsfähiger Nachfrage zusätzlich seien.
- 4.) in der Trägerversammlung des Jobcenters team.arbeit.hamburg darauf hinzuwirken, dass Jobcenter team.arbeit.hamburg die Mittel aus dem EGT für die Angebote von Bildungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Menschen – hier ganz überwiegend für Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie für geförderte Ausbildung – gleichlaufend mit der Erhöhung der AGH-Plätze aufstockt.
- 5.) in der Trägerversammlung des Jobcenters team.arbeit.hamburg darauf hinzuwirken, derzeit auslaufende Arbeitsgelegenheiten pauschal um drei Monate zu verlängern. Abschläge für in 2011 bewilligte und begonnene Maßnahmen, deren Laufzeit in das Jahr 2012 hineinreichen, für das Jahr 2012 sind ausuzahlen.
- 6.) der Bürgerschaft Ende Februar 2012 über die Umsetzung zu berichten.